

Unternehmertag 21. November 2008

**Horst-Werner Maier-Hunke**

Präsident  
der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände  
Nordrhein-Westfalen

**Sperrfrist: Frei für 17 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie zum Unternehmertag 2008 der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen: Herzlich willkommen! Ich freue mich sehr, dass Sie an diesem Freitagabend unserer Einladung gefolgt sind.

Aus Zeitgründen möchte ich stellvertretend für alle herausragenden Gäste den Hauptredner des heutigen Abends begrüßen. Mein besonderer Gruß geht an den Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Herrn Professor Dr. Hans-Gert Pöttering.

Das Europäische Parlament ist die demokratische Volksvertretung von fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern aus 27 Ländern in Europa. Seit der ersten Direktwahl im Jahr 1979 hat es seine Kompetenzen Zug um Zug ausgebaut. Heute ist das Europäische Parlament in fast allen Bereichen der Gesetzgebung gleichberechtigt mit dem Ministerrat. Es entscheidet über Richtlinien und Verordnungen, die in allen Mitgliedstaaten der

EU gültig und für unser tägliches Leben von höchster Bedeutung sind.

Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Professor Pöttering, ich freue mich sehr, dass Sie heute Abend zu uns sprechen werden. Nochmals herzlich Willkommen!

Meine Damen und Herren,  
selten waren die wirtschaftlichen Aussichten so ungewiss. Die Zeichen für einen wirtschaftlichen Abschwung sind nicht mehr zu übersehen:

- Große Unsicherheit und mangelndes Vertrauen in die Finanzmärkte prägen die Wirtschaft
- der ifo-Geschäftsklimaindex erreichte im Oktober ein Sieben-Jahres-Tief
- die Wachstumsprognosen wurden von 1,2 % auf 0,2 % herabgesetzt

Diese globale Krise hat auch schon in der Realwirtschaft Deutschlands und Nordrhein-Westfalens deutliche Spuren hinterlassen. Wir können uns von weltweiten Turbu-

lenzen leider nicht abkoppeln. Denn dazu sind wir zu eng mit der Weltwirtschaft verflochten.

Vor diesem Hintergrund war es in der vergangenen Woche besonders wichtig, dass der Tarifkonflikt in der Metall- und Elektroindustrie nach der vorangegangenen Lösung in Stuttgart auch in Nordrhein-Westfalen beigelegt werden konnte. Der gefundene Kompromiss wird auf keiner der beiden Seiten mit Begeisterung aufgenommen. Dies aber wiederum ist das sichere Indiz dafür, dass das vereinbarte Ergebnis von der Lohnzahl her trägt.

Darüber hinaus möchte ich betonen, dass der Vertrag flexible Lösungsmöglichkeiten auch für die Unternehmen anbietet, bei denen die Krise besonders stark durchschlägt.

So kann die Lohnbelastung für ein betroffenes Unternehmen zunächst - in Übereinkunft mit dem Betriebsrat - für das Jahr 2009 auf rund 1,4 Prozent Steigerung heruntergefahren werden. Dabei ist es mit dem aktuellen Abschluss gelungen, unterschiedliche Risiken in der Me-

tall- und Elektroindustrie durch eine flexible Tariflösung zu berücksichtigen.

Der Tarifabschluss kann also dazu beitragen, die zweifelsohne negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf unser industrielles System abzuschwächen und Arbeitsplatzabbau vorzubeugen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang auch ein Wort zu der Frage, ob flankierende Maßnahmen des Staates zur Stützung von gefährdeten Unternehmen und der dort vorhandenen Arbeitsplätze in der gegenwärtigen Situation selbstverständlich sein sollten.

Gerade die mittelständische Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat in dem verantwortungsvollen und behutsamen Umgang mit dem Instrument der Landesbürgerschaft in Krisensituationen gute Erfahrungen gemacht. Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob diese Erfahrungen ohne weiteres auf die Verhältnisse bei international verflochtenen Großunternehmen übertragen werden könnten.

Auf jeden Fall sollte mit dem Instrument der staatlichen Bürgerschaft aus ordnungspolitischer Sicht sehr vorsichtig umgegangen werden.

Zum Wahlkampfangument taugt dieses Thema meines Erachtens sowieso nicht. Es sei denn, jemand will sich auf das Niveau derjenigen begeben, die die Verstaatlichung weiter Teile unserer Industrie fordern.

Meine Damen und Herren,  
nicht nur in Krisenzeiten ist es wichtig, die wirtschaftlichen Entwicklungen mit kritischen Augen zu beobachten. Aber viel wichtiger ist es, sich auch auf die eigenen Stärken und Standortvorteile zu besinnen.

Und da meine Damen und Herren:

hat Nordrhein-Westfalen einiges zu bieten!

- jeder vierte Euro, den ausländische Firmen in Deutschland investieren, fließt nach Nordrhein-Westfalen
- NRW ist der größte Absatz- und Beschaffungsmarkt in Europa

- Wir liegen im Herzen Europas. Unsere Straßen, Flug- und Binnenhäfen ermöglichen uns internationale Drehscheibe zu sein

In der wirtschaftlichen Entwicklung stehen wir im Bundesvergleich gut da:

- Im ersten Halbjahr 2008 lag das Wirtschaftswachstum in NRW bei 2,4 Prozent
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 2,3 Prozent gestiegen. Das sind rund 130.000 neu geschaffene Stellen
- auch in der Ausbildung hat NRW die Nase vorn: Dank des außerordentlichen Engagements der Betriebe war das Ausbildungsjahr 2007/2008 eines der Besten seit Anfang der 90er Jahre!
- Und so werden wir auch in diesem Jahr die Zusage des nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsenses einlösen: nämlich allen ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Qualifizierungsangebot unterbreiten zu können

Diese positiven Entwicklungen haben wir nicht nur – aber auch - der politischen Neuausrichtung seit 2005 in unserem Lande zu verdanken!

Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt auf Selbstbestimmung und Rahmenbedingungen, die die wirtschaftlichen Aktivitäten in unserem Land nicht behindern, sondern fördern.

Ausdrücklich begrüßen wir:

- Den notwendigen Abbau von Bürokratie in NRW
- Die konkrete Unterstützung des Mittelstands durch inzwischen schon fünf Mittelstandspakete
- die Förderung des Erfahrungsaustausches durch die vom Ministerpräsident ins Leben gerufenen Branchendialoge
- und die Errichtung von Technologie-Clustern, die auch ein klares Bekenntnis zum Industriestandort NRW sind

Innovative Industrieunternehmen, dynamische Dienstleistungen und eine exzellente Bildungs- und Forschungslandschaft sind die Voraussetzungen für Nord-

rhein-Westfalen, in der weltweiten Champions League der Länder und Regionen weiter mitzuspielen.

Außerdem ist unstrittig: Investitionen in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sind DIE Voraussetzung für eine lebendige und starke Wirtschaft.

Diese Investitionen beginnen im Kindergarten und enden innerhalb der Bildungskette bei der betrieblichen Weiterbildung.

In der Vergangenheit hatten wir den Beginn dieser Kette sträflich vernachlässigt. Denn in den Kindergärten spielte der Bildungsauftrag keine Rolle. Das war ein strategischer Fehler. Die Politik in Nordrhein-Westfalen hat mit dem neuen Kinderbildungsgesetz diesen Fehler korrigiert.

Auch die Schulpolitik in unserem Land hat sich für einen Kurswechsel entschieden. Das haben wir oft gefordert und darin wollen wir die Landesregierung weiter unterstützen. Schulen werden selbstständig. Kinder sollen individuell gefördert und gefordert werden. Auf die Lerner-

gebnisse und Kompetenzen kommt es an. Das ist der richtige Weg!

Über verschiedene Befunde sind wir in Nordrhein-Westfalen aber auch noch sehr besorgt. Aufrütteln müssen uns:

- die fehlende Basisqualifikationen bei mehr 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen,
- Schüler, die ohne Abschluss die allgemein bildenden Schulen verlassen – in NRW 6,6 Prozent,
- die vorzeitige Auflösung von Ausbildungsverträgen, nämlich 20 Prozent und
- die Abbrecherquoten von bis zu 38 Prozent in den MINT-Studiengängen.

Auch das Engagement der Landesregierung neue Fachhochschulen einzurichten stimmt zuversichtlich.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass dieses Projekt endlich in Angriff genommen wird. Durch die neuen geplanten und eine Erweiterung der bereits bestehenden Fachhochschulen sollen in einem überschaubaren Zeitraum 10.000 neue Studienplätze in MINT-Studiengängen geschaffen werden.

Dies ist ein ganz wichtiges Signal für den Wirtschafts- und Industriestandort NRW. Viele Unternehmen wollen sich daran beteiligen, indem sie sich beim Aufbau und bei der Ausweitung dualer Studiengänge engagieren. Die dualen Studiengänge sind ein überzeugendes Instrument der Nachwuchsgewinnung. So können wir gemeinsam dem drohenden Fachkräftemangel – insbesondere bei den Ingenieuren - entgegenwirken.

Meine Damen und Herren,  
die Soziale Marktwirtschaft hat uns Wohlstand und Stabilität gebracht. Sie setzt auf Freiheit, Eigenverantwortung, Wettbewerb und Selbstständigkeit –aber auch – auf Solidarität und Verantwortung den Schwächeren gegenüber. Sie ist eine 60-jährige Erfolgsgeschichte und wird sich auch in dieser Krise bewähren.

Die Politik hat in den letzten Wochen bewiesen, dass wir in Deutschland auch in Krisensituationen über die notwendige Weitsicht, Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit verfügt. Innerhalb eines sehr kurzen Zeitrahmens ein Rettungspaket zum Beispiel für die angeschlagenen

Banken zu planen und auch gesetzlich zu verankern – das war nicht nur außergewöhnlich, sondern auch dringend notwendig.

Ganz bewusst möchte ich an dieser Stelle vor einem „Linksruck“ in unserer Gesellschaft warnen. Die Linkspartei sieht sich angesichts der Finanzkrise als „Robin Hood“ des „kleinen Mannes“. Sie spielt verantwortungslos mit den Ängsten der Menschen, agiert populistisch und an den Realitäten vorbei.

Meine Damen und Herren,  
bei einem Blick auf das Parteiprogramm der Linken, wird schnell klar, dass es sich um ein „Freibier-für-alle-Programm“ handelt. Angeboten und gefordert werden:

- eine Grundversorgung aller zum Nulltarif
- kostenfreie medizinische Versorgung
- lebensnotwendige Güter kostenlos
- eine gesetzliche Regelung, die (Massen-)Entlassungen verbietet
- deutliche Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich

Außer dem Ruf nach drastischen Steuererhöhungen für Unternehmen und Manager fehlt jeder Ansatz von Finanzierung. Viel Platz lässt sich die Linke jedoch für Hetze und Polemik gegen Unternehmen und unsere Wirtschaftsstruktur. Da ist die Rede vom „kapitalistischen Raubbau der dringend gestoppt werden muss“ und von „Kapitaldominanz, die mit Gutsherrenart agiert“. Doch dies wundert nicht – angesichts der offiziellen kommunistischen Plattform der Linken in Nordrhein-Westfalen.

Kommunisten, meine Damen und Herren Politiker, das sind Extremisten – für die darf es bei uns keinen Platz geben.

Ich warne die Politik in unserem Land, nur mit dem Ziel des Machtgewinns mit diesen Phantasten und Demagogen zu kooperieren. Wer sich mit diesen Leuten einlässt oder zumindest eine Zusammenarbeit nicht früh genug ausschließt – kann nicht ernsthaft erwarten, als seriöse politische Kraft anerkannt zu werden.

Als Optimist bin ich mir sicher, dass sich unsere Parteien im nordrhein-westfälischen Landtag auch in den nächsten Jahren eine ausgeglichene Politik – ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft – zum Ziel setzen.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal ausdrücklich auf die im Grundgesetz festgelegte Tarifautonomie verweisen.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Bundesregierung - mit ihren Plänen zur Ausweitung des Entsende- und Mindestarbeitsbedingungengesetz - dabei ist, diese zu untergraben. Ich sage Ihnen: Mindestlöhne schaffen keine besseren Arbeitsplätze – sie schaffen Arbeitsplätze einfach nur ab - ohne Chance auf Wiederkehr.

Für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte wäre das dramatisch. Sie sind auf diese Jobs angewiesen, um überhaupt den Einstieg in Arbeit zu schaffen. Ohne Einstieg gibt es auch keinen Aufstieg. Selbstverständlich muss sich Arbeit immer lohnen, aber zu glauben, dass Menschen ohne Ausbildung und Berufserfahrung zum Beispiel zu einem branchenbezogenen Mindestlohn von

9,80 Euro eingestellt werden – das meine Damen und Herren - ist aus wirtschaftlicher Sicht nicht umzusetzen.

Die Verfechter des Mindestlohns vergessen außerdem einen entscheidenden Faktor! Die Rentabilität! Ein Arbeitsplatz, der mehr kostet als er einbringt, hat auf Dauer keine Zukunft.

Die Tarifautonomie hat sich über Jahrzehnte bewährt und ich warne vor jeglichen Eingriffen. Darum begrüßen wir es, wenn Politiker ausdrücklich die Stärkung der Tarifautonomie fordern.

Aber „moderate tarifvertragliche Differenzierungsklauseln“ - die als Exklusiv-Klauseln bestimmte Leistungen nur Gewerkschaftsmitgliedern gewähren sollen - lehnen wir konsequent ab! Wir wollen keine Zweiklassen Arbeitnehmer! Sonderrechte bringen Unfrieden in Belegschaften und stehen auch im krassen Widerspruch zu der Gewerkschaftsphilosophie: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist ein Verfechter der europäischen Einigung. Die europäische Integrati-

onspolitik hat uns Deutschen die längste Friedensperiode in unserer Geschichte gebracht. Sie ist ein Friedensprojekt. Und sie ist auch ein Wirtschafts- und Wohlstandsprojekt!

Der europäische Binnenmarkt ist mit einer halben Milliarde Menschen der größte Wirtschaftsraum der westlichen Welt.

Die EU bedeutet für unsere Unternehmen größere Absatzmärkte, neue potentielle Kunden und zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten. Der Handel innerhalb der EU hat seit 1992 um mehr als 30% zugenommen.

Hiervon profitiert gerade ein exportstarkes Land wie Deutschland. Die mit großem Abstand wichtigsten Außenhandelspartner Nordrhein-Westfalens sind die Mitgliedsländer der Europäischen Union. Zwei Drittel der gesamten NRW-Exporte gehen in die EU. Die Europäische Union, der europäische Binnenmarkt und auch die europäische Währungsunion tragen so ganz maßgeblich zu Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung bei uns bei.

Darum brauchen wir auch eine handlungsfähige EU, aber eine Europäische Union, die sich auf das Wesentliche konzentriert, die den großen Rahmen festlegt aber nicht jedes kleine Detail regelt. „Weniger ist mehr“ muss eine zentrale Devise der europäischen Politik werden. Denn insgesamt brauchen wir **nicht mehr** europäische Regulierung, **sondern weniger!**

Der Vorsitzende des DGB, Herr Sommer hingegen hat vor kurzem in einem Interview gefordert: die Zeit in Europa sei reif für einen radikalen Politikwechsel. Die Gewerkschaften fordern die Beschränkung der Binnenmarktfreiheiten zugunsten sozialpolitischer Regelungen. Sie wollen verstärkte staatliche Eingriffe bei Themen wie dem Mindestlohn, der Arbeitnehmerentsendung oder der Zeitarbeit. Sie fordern von der EU für alles und jeden Richtlinien und Verordnungen.

Es drohen zusätzliche Reglementierung und noch mehr Bürokratie statt weniger. Das schadet der Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze. Wir als Arbeitgeberverbände müssen dieser Entwicklung entgegenwirken. Im Interesse der Unternehmen und im Interesse der Bürger. Wir brauchen die Ausrichtung der europäischen Politik auf

Wachstum und Beschäftigung und nicht sozialpolitische Gängelung. Denn ich bleibe dabei: Sozial ist was Arbeit schafft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
wir sehen, es tut sich viel auf europäischer Ebene. Wir als Verband tragen dieser Entwicklung Rechnung und sind heute ganz selbstverständlich in Europa präsent. Unsere Spitzenverbände BDI und BDA haben eine gemeinsame Vertretung in Brüssel. Wir informieren und beraten unsere Mitgliedsunternehmen frühzeitig und direkt über Änderungen die aus Europa kommen.

Herr Präsident!

Sehr geehrter Herr Professor Pöttering,  
Sie sehen, die Europapolitik hat für die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens einen hohen Stellenwert. Wir sind daher sehr gespannt auf Ihre Ausführungen. Sie haben das Wort.